

Beschlussantrag des FPÖ-Landtagsabgeordneten Ing. Bernhard Rösch betreffend Gehaltsanpassung für die Beamten und Vertragsbediensteten Wiens, eingebracht in der Landtagssitzung vom 27.6. 2013 zu Post 3.

Die Gehälter der Arbeitnehmer müssten heuer um zumindest 2,8 Prozent steigen, da dies dem VPI entspricht.

Die Statistik Austria stellt dazu fest, dass seit Einführung des Euro ein Kaufkraftverlust in Höhe von 22,5% vorliegt.

Weiters belegt eine Studie der Schweizer Bank UBS den Rückgang der Einkommen, der zwar regional differiert, mit bis zu 35% bei unterschiedlicher Betroffenheit der verschiedenen Einkommensgruppen.

Immerhin bereits zum wiederholten Mal werden auf diesem Weg die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zur Kasse gebeten.

Die Gewerkschaft der Privatgestellten spricht sich für eine adäquate Gehaltserhöhung aus, um den inflationsbedingten Verlust der Kaufkraft abzufangen.

Als Hauptziel letztendlich fordert auch der ÖGB eine verantwortungsvolle Lohnpolitik, die den Menschen die Kaufkraft sichert und den Anteil des Erwirtschafteten gerecht verteilt. Dazu bedient sich der ÖGB der sogenannten Benya-Formel, die postuliert, dass sich die Lohnerhöhung aus Produktivitätswachstum und Inflation ergibt.

Da auch für Beamte und Vertragsbedienstete nur minimale Anpassungen erfolgten, stellt der gefertigte Landtagsabgeordnete daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages nachfolgenden

Beschlussantrag:

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
ABGELEHNT
Eing.: 27. JUNI 2013
PEL-02411-2013/0001-KFP/LAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag ersucht die Wiener Landesregierung, für die im aktiven Dienst stehenden Beamten und Vertragsbediensteten Wiens eine zumindest die Inflationsrate deckende Gehaltsanpassung zu beschließen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

[Handwritten signatures and initials]